

Bürgermut rettet Zukunft

Laudatio anlässlich der Verleihung des EuroNatur-Preises 2020

an die Gemeinde Mals am 8.10.2020 auf der Insel Mainau

Prof. Dr. Hubert Weiger

EuroNatur-Präsidiumsmitglied

Ehrenvorsitzender BUND und BUND Naturschutz in Bayern

Werte Festgäste,

verehrte liebe Preisträgerinnen und Preisträger von Mals,

„Dass eine Gemeinde lokal für eine Landwirtschaft ohne Pestizide vorangeht, ist wirklich vorbildlich und besonders preiswürdig.“

Mit diesen Ausführungen unseres EuroNatur-Präsidenten Prof. Dr. Potthast ist das Entscheidende gesagt. Wir ehren heute als EuroNatur erst zum zweiten Mal in unserer Geschichte eine Gemeinde für eine vorbildhafte zivilgesellschaftliche Leistung, die europaweit ein Signal gesetzt hat, nämlich, dass wir endlich in unserem eigenen Interesse als Gesellschaft aus der Pestizid-Landwirtschaft, welche der Wegbereiter der industrialisierten und damit häufig lebenszerstörenden Landwirtschaft weltweit ist, aussteigen müssen.

Der Malser Weg zeigt konkret auf, wie Widerstände überwunden und wie Rückschläge verkraftet werden können und wie Menschen es schaffen, trotz vielfältiger politischer und ökonomischer Repressionen, nicht aufzugeben und sich für ihre Ziele engagiert und konsequent einsetzen. Wie immer hat das viel mit einzelnen, besonders mutigen und herausragenden Menschen zu tun. Einige dieser besonders entscheidenden Frauen und Männer, die sich dafür eingesetzt haben, sind heute hier unter uns und werden anschließend auch den

Preis in Empfang nehmen. Doch zuerst noch einiges zu diesem Weg und zu dieser Leistung.

Die Gemeinde Mals ist mit 24 000 Hektar Fläche die zweitgrößte Gemeinde Südtirols und der Hauptort des oberen Vinschgaus. Sie liegt im äußersten Westen von Südtirol. Geprägt ist diese Region und ihr Hauptort auf rund 1000 Meter Höhe am Fuß der sogenannten „Malser Haide“ - ein Schwemmkegel am Oberlauf der Etsch - von einer vielfältigen eindrucksvollen Kulturlandschaft. Umrahmt sind die Siedlungen von den 3000ern der Ötztaler Alpen. Geprägt durch eine vielfältige landwirtschaftliche, teilweise bis heute kleinräumige Nutzung hat sich hier eine bedeutende Bürgerbewegung gegen den mit der Anwendung in den Apfelplantagen verbundenen massiven Pestizideinsatz entwickelt. Südtirol ist heute eines der größten Obstanbaugebiete Europas, vor allem durch intensive Apfel-Monokulturen geprägt. Jeder zehnte in Europa produzierte Apfel kommt aus Südtirol. Bis zu 20 Mal jährlich werden die Apfelplantagen mit Pestiziden bespritzt und im wahrsten Wortsinne eingenebelt. Damit liegt Südtirol, für viele von uns der Inbegriff der heilen Natur, an der Spitze des Pestizideinsatzes in Europa. Wie wir durch zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen wissen, bleiben die Pestizide aber nicht an dem Ort ihrer unmittelbaren Ausbringung, sondern verdriften weit in die Umgebung. Ja, sie gelangen mit den thermischen Aufwinden in dieser Region selbst in höchste Berg-Regionen und führen im gesamten Gebiet zu drastischen Rückgängen zahlreicher Insektenarten, wie sie zum Beispiel an der Gattung der Widderchen inzwischen auch wissenschaftlich dokumentiert wurden. Das heißt, die heile Welt ist nicht mehr heil, sondern sie ist massiv durch Agrochemikalien belastet. Deshalb gab es bereits vor über zehn Jahren in Verbindung mit der schon damals drohenden massiven Ausbreitung der Apfelplantagen auch im Bereich Mals Biobauern, wie Günther Wallnöfer, der

anschließend auch zu uns sprechen wird, der initiativ geworden ist, um im Interesse seines eigenen Betriebes sich gegen diese Entwicklung zu stellen. Zum Glück war er nicht allein. Die Naturfrisörin Beatrice Raas, die Arbeitsgemeinschaft Hollawint – heute vertreten durch Margit Gasser und Martina Hellrigl - , der Apotheker und Vorsitzende des Promotoren Komitees Johannes Fragner-Unterpertinger und der frühere Bürgermeister Ulrich Veith und viele andere gesellten sich dazu und unterstützten die Bewegung, die nach Worten des Bürgermeisters Veith „Bei uns hat es das nie gegeben, dass jemand mit Gift den Grund und Boden kaputt gemacht hat, das kannten wir nicht.“ sich gegen diese Entwicklung stemmten. Trotz massiver Gegenpropaganda wie der Gründung einer Plattform für bäuerliche Zukunft von Plantagenbauern, vielfältiger Aktionen - nicht nur des mächtigen Südtiroler Bauern-Bundes, sondern auch der von der Südtiroler Volkspartei dominierten Landesregierung Südtirols, trotz persönlicher Anfeindungen und öffentlicher Angriffe geschah am 05.09.2014 das Entscheidende: In einer Volksabstimmung entschieden mit einer Zustimmung von 75,68% - bei fast 70% (69,22%) Wahlbeteiligung der 4800 Wahlbürger von Mals -, dass ab 2018 im Gemeindegebieten der Einsatz von Pestiziden verboten wird.

Aber die Freude währte nur kurz, denn es gab gegen die Umsetzung dieses Ergebnisses massive Widerstände im Gemeinderat, die erst nach einer Neuwahl im April 2015 beendet wurden, so dass mit einer $\frac{3}{4}$ Mehrheit dann das Ziel der Volksabstimmung im Juli 2015 per Satzung beschlossen wurde. Im Jahr 2016 wurde aber, um diese Entwicklung zu verhindern, vom Südtiroler Landtag ein Gesetz beschlossen, dass nur noch das Land für die Regelung des Pestizideinsatzes zuständig ist. Auf der Grundlage dieses Gesetzes und wegen der Frage der Rechtmäßigkeit der Volksabstimmung reichten 2016 130 Landwirte Klage gegen das Pestizidverbot ein und im Oktober 2019 entschied

das Verwaltungsgericht Bozen zu Ungunsten von Mals, weil eine Gemeinde nicht für eine Pestizidverordnung zuständig ist. Dagegen ist die Gemeinde in Berufung vor den Staatsrat in Rom gegangen.

Fazit: Der mutige Widerstand der Mehrheit der Malser Bevölkerung gegen den Pestizid-Einsatz ist rechtlich bis heute vielfältig blockiert und nicht umgesetzt worden. Die auch in Deutschland bekannten Unterstützer wie der Journalist Alexander Schiebl, das Umweltinstitut München vertreten durch Karl Bär und der Verleger des Oekom-Verlages Jakob Radloff, werden inzwischen wegen übler Nachrede verklagt. Dabei geht es offensichtlich vor allem um die Verhinderung eines negativen Images von Südtirol durch den Pestizid-Einsatz, denn das Hauptexportland von Südtirol für seine Produkte ist Deutschland.

Damit verdeutlicht der Fall Mals exemplarisch, wie eng Pestizideinsatz und Agrarindustrie verbunden sind, wie staatliches Handeln sich in vielen Fällen nicht als Garant des öffentlichen Wohls, sondern als Unterstützer partikularer wirtschaftlicher Interessen versteht, wie ungenügend die staatlichen Unbedenklichkeitsbescheinigungen für Pestizide sind und dass es zwingend notwendig ist, unabhängige Forschungsinstitute endlich vor der Zulassung einzubeziehen und tatsächlich ganzheitliche Wirkstoff-Untersuchungen durchzuführen.

Die Summenwirkung und die Kombinationswirkung der einzelnen Substanzen in die Risikobewertungen müssen in Zukunft anders als bisher bewertet werden. So hat bereits in 2018 die bedeutendste deutsche Forschungseinrichtung Leopoldina (Nationale Akademie der Wissenschaften) in einer Stellungnahme zur Notwendigkeit des umweltverträglichen Pflanzenschutzes festgestellt: „dass es im Interesse aller sein sollte, Anbau und Pflanzenschutzstrategien zu erarbeiten, die langfristig ausreichende Erträge gewährleisten, ohne dabei die Umwelt nachhaltig zu schädigen. Wesentliche

Grundlage hierfür bieten unter anderem ein konsequenter integrierter und ökologischer Pflanzenbau. Das heißt, Pestizid-Einsatz nur als „ultima Ratio“, eine standortgerechte Frucht- und Sortenwahl, die Zucht von konkurrenzstarken und gegen Schaderreger resistenten Sorten, ein möglichst maßvoller Einsatz möglichst spezifischer, wenig persistenter Agrochemikalien ... und dass es deshalb dringend geboten ist, die Pestizid Problematik als systemisches Problem zu sehen und zu behandeln.“ Soweit die Leopoldina.

Der Malser Weg hat aber auch bewusstgemacht und gezeigt, wie notwendig bürgerschaftliches Engagement vor Ort ist, um tatsächlich die Umweltzerstörung zu stoppen, und wie unverzichtbar direkte Bürgerbeteiligung als Elemente direkter Demokratie sind, um gegen wirtschaftliche Macht Gemeinwohlinteressen wie Gesundheit und Biodiversität durchzusetzen. Wie notwendig es aber auch ist, durchzuhalten und nicht aufzugeben und wie notwendig es ist, kleine Schritte auch zur Stärkung der ökologischen Landwirtschaft und der Bürgerschaft vor Ort zu ergreifen, wie das zurzeit in Mals mit der Schulverpflegung aus ökologischem Landbau geschieht.

Die Bürgerschaft von Mals hat hier ein Zeichen gesetzt und damit reiht sie sich ein in die Anfänge der weltweiten Umweltbewegung, die mit Rachel Carlsons Buch „Der stumme Frühling“ untrennbar verbunden sind, und in die erfolgreichen Volksbegehren „Rettet die Bienen“ in Bayern und Baden-Württemberg 2018/2019, die dort viel auf den Weg gebracht haben und deren zentralen Inhalte inzwischen auch durch die europäische Bürgerinitiative „Bienen und Bauern retten“ aufgegriffen wurde. Hoffnung gibt auch die Europäische Union, die im Rahmen ihrer Biodiversitätsstrategie inzwischen offiziell den Pestizideinsatz bis 2030 halbieren will.

Mals steht damit auch für eine neue Qualität der europäischen und regionalen Demokratiebewegung und hat vielen Regionen Mut gemacht, ähnliche Wege

zu gehen. So haben sich in Deutschland im Rahmen einer BUND-Kampagne inzwischen über 550 Kommunen zu pestizidfreien Kommunen erklärt und gehen auch hier neue Wege.

Die Ehrung der Gemeinde ist aber auch ein wichtiges politisches Signal angesichts der Versuche Kritiker des Pestizid-Einsatzes durch Klagen mundtot zu machen und sie eventuell mit enormen Schadenersatzforderungen zum Schweigen zu bringen. Diesen Angriffen auf Demokratie und Meinungsfreiheit gilt es, die Stirn zu zeigen und entschiedenen Widerstand dagegen zu leisten. Deshalb ist auch Ihre heutige Ehrung nicht nur die Anerkennung ihrer großartigen Arbeit in Mals, sondern auch ein Zeichen des Dankes der europäischen Zivilgesellschaft für Bürgermut und für Bürgerengagement im Interesse von uns allen.